



Electronic Delivery Cover Sheet

NOTICE WARNING CONCERNING COPYRIGHT RESTRICTIONS

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

This institution reserves the right to refuse to accept a copying order if, in its judgment, fulfillment of the order would involve violation of copyright law.

This notice is posted in compliance with
Title 37 C. F. R., Chapter II, Part 201.14

TransactionNumber: 1231905



Call #: D02803412K

Location:

Article Information

Journal Title: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich.

Volume: 57 **Issue:**

Month/Year: 1933**Pages:** 633-635

Article Author: Lösch, August

Article Title: Besprechung von: Balas, Karl von, Das neue Bevölkerungsproblem. Budapest 1932

Loan Information

Loan Title: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Besprechung von: Balas, Karl von, Das neue Bevölkerungsproblem. Budapest 1932

Loan Author: Lösch, August

Publisher: München : Duncker & Humblot, 1913-1967.

Place:

Date: 1933

Imprint:

Customer Information

Username: NDD

NDD User

123123123

None - None

Article Delivery Method:

Loan Delivery Method:

Electronic Delivery?

Interlibrary Loan Request Form

liest: „Die Grundlage der Ökonomie ist liberistisch, sofern es bewiesen ist, daß jede Intervention, auch die kleinste, unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Ergebnisse schädlich ist“ (S. 266). Indessen bejaht natürlich auch Gangemi als überzeugter Faschist die staatliche Intervention: sie sei legitim, weil der praktische Staatsmann seine Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der Gesamtinteressen der Nation treffen, daher gegebenenfalls das rein wirtschaftlich Zweckmäßige hinter den politischen und sozialen Notwendigkeiten zurücktreten lassen müsse. Der Verfasser bemüht sich, durch eingehende, reich belegte Analysen oder Rundgebungen der faschistischen Führer den Beweis zu führen, daß seine These den Kern der faschistischen Wirtschaftsideologie getreulich wiedergäbe. Man wird sich dem Eindruck dieser Beweisführung nicht entziehen können; zumal wenn man erwägt, daß die beiden großen italienischen Wirtschaftstheoretiker und Freihändler, Pantaleoni und Pareto, zu den geistigen Ahnherrn des Faschismus zählen. Nur scheint es uns, daß Gangemi die historische Einheitlichkeit in der wirtschaftspolitischen Konzeption des Faschismus stark überschätzt: Zwischen dem Bekenntnis zum „Nachtwächterstaat“ in der ersten Parlamentsrede Mussolinis (1921) und dem Bekenntnis zum protektionistischen Staate in seinem jüngsten Aufsatz in der italienischen Enzyklopädie (1932) liegt ein weiter Weg. Selbstverständlich steigert sich die Skepsis des Lesers bei der Konfrontierung der grundsätzlichen Rundgebungen mit der wirtschaftspolitischen Praxis.

Nur teilweise befriedigend ist die Darstellung der sachlichen Kernfragen der Wirtschaftsführung. Im Anschluß an die Gedankengänge und die Terminologie Paretos bezeichnet Gangemi als Hauptproblem einer Wirtschaftspolitik gemäß der Carta del Lavoro das kollektive Nutzmaximum für die Nation als Summe getrennter Individuen einerseits, als besondere Wesenheit andererseits. Dieses Problem besteht natürlich für jede staatliche Wirtschaftsführung und auch für jeden Finanzminister. Zur Lösung dieser im Stato corporativo (oder in einem sozialistischen Gemeinwesen) besonders dringenden Probleme trägt der Verfasser nur wenig bei.

In dem Schlußkapitel des ersten Bandes betrachtet der Verfasser die Preisgestaltung und die Rationalisierung im korporativen Staate. Seine Ausführungen sind anregend, nur wäre eine genauere Darlegung der Mittel und des Verfahrens, deren sich der Staat bei der Preisbeeinflussung bedient, wünschenswert.

Röln

Woldemar Koch

Balás, Karl von: Das neue Bevölkerungsproblem. (Veröff. d. Ungar. Statist. Ges. Nr. 7.) Budapest 1932. 70 S. Brosch. 3 Pengö.

Wer bis S. 50 durchhält, wird reichlich entschädigt. Bis dahin kommt zumeist Bekanntes in leichter, aber etwas umständlicher Sprache (oder hat es wirklich didaktische Gründe, in sieben aufeinanderfolgenden Variationen zu wiederholen, daß schließlich und endlich ein jeder sterben muß?). Dann aber zieht Balás aus seinen beiden Grundanschauungen, 1. das ungehemmte

individuelle Interesse führe zu Volksverminderung, und 2. schwaches Bevölkerungswachstum fördere die Kultur, starkes die Macht, originelle und interessante Schlüsse: zur Erhaltung der nationalen Existenz sei schließlich staatliche Bevölkerungsverwaltung und zur Erhaltung der Kultur und des Weltfriedens ein internationales Bevölkerungskartell mit Quoten nicht zu vermeiden. „Wenn die fortgeschrittenere Menschheit der Zukunft ihre Erneuerung von ernststen Gefahren bedroht sieht, dann muß die Zeit kommen, in der die Pflicht der Frauen, Mütter zu werden, zu einer eben solchen Pflicht rechtlichen Charakters wird, wie es jetzt die Pflicht der Männer ist, ihr Leben zu opfern.“ Das Kartell der führenden Kulturvölker „wird einst die Schranken der Bevölkerungsbewegung international festsetzen müssen“. Das sehe natürlich einen allgemeinen Friedenswillen und die Schaffung eines politischen Gleichgewichts voraus, das durch dieses Weltbevölkerungsgleichgewicht dann stabilisiert würde. — Was nun die Ermittlung des von Staats wegen herbeizuführenden Bevölkerungsoptimums betrifft, so gehört es zu den Aufgaben der Sozialwissenschaften, „die Mittel zu finden zu einem Ausgleich der großen individuellen und Rasseninteressen auf einer realen (!) mathematischen und biologischen Grundlage“. „Man müßte also die vom Gemeinwohl erforderte durchschnittliche Kinderzahl pro Familie von Zeit zu Zeit berechnen und nicht dem Gutdünken des Individuums überlassen, ob es seiner Pflicht der Fortpflanzung entsprechen will.“

Diese kühnen Ideen werden anfangs nicht nur liberale und wertfreie Gemüter in Wallung bringen. Allein wer Balás die Voraussetzungen zugeibt, und das tun ja heute die meisten, wird Mühe haben, seinen Folgerungen sich zu entziehen. Und werden diese nicht auch moralisch gebilligt werden, wenn erst einmal ein Staatsnotstand vorliegt? Es staatlich zu erzwingen, daß die moderne Familie nicht eher die Geburten verhindert, als bis sie die dem öffentlichen Interesse entsprechende Kinderzahl erreicht hat — das macht eigentlich wenig Schwierigkeiten. Eher scheint es mir schwer zu bestimmen, wann der Staat eingreifen soll. Und wird nicht eine Art kommunistischer Erziehung und Einkommensverteilung die Folge sein? Aber Balás hat recht: wenn man sich erst einmal mit dem Gedanken befreundet hat, durch staatliches Reglement zu ersetzen, was heute noch heilige Willkür ist, sind dieses Detailfragen.

Allein ich bin schon im Ausgangspunkt mit dem Verfasser nicht einig: Es sprechen gute Gründe dafür, daß der Geburtenrückgang so nicht weiter geht. Und ich glaube, es würde vorläufig genügen, die „Kindergrenzzahl“ (so bezeichnet Balás treffend die zur Bestandserhaltung des Volkes erforderliche Zahl von Lebendgeburten je gebärfähige Frau, zur Zeit 3—4) dem Volksbewußtsein einzuhammern, um die dauernde Unterschreitung dieser Zahl wenig wahrscheinlich zu machen. Anderenfalls erhebt sich die Frage, ob man ein Volk mit Gewalt am Leben halten soll. Entschiedener noch bestreite ich des Verfassers zweite Voraussetzung, daß bei internationalem Wettgebären keine Kultur sich halten kann, weil die geburtenregulierenden

Kulturnationen schließlich unterliegen müssen. Nichts ist falscher, als Bevölkerung gleich Macht zu setzen. Zum modernen Krieg gehören auch Mittel, aber was läßt eine hastige Volksvermehrung viel übrig? Womit nicht bestritten sein soll, daß ein Bevölkerungskartell dem Weltfrieden wirklich förderlich wäre. — Jedenfalls aber besteht gar keine so große Kluft zwischen den Interessen der Einzelnen und des Staates. Und da sich außerdem in gewissem Umfang Menschen und Mittel ersetzen können, so bleibt ein breiter Spielraum für Balás' „idealen Zustand“, wo die Bevölkerung für die Macht genügt, ohne das Fassungsvermögen der Wirtschaft schon zu übersteigen. Infolgedessen ist es auch nicht weiter schlimm, wenn die Wissenschaft sich außerstande erklären wird, dieses Optimum „reell“ zu berechnen.

Immerhin: Balás denkt vielleicht mutiger und konsequenter als alle, die gleich ihm Unheil kommen sehen und verhüten wollen.

Bonn

August Bösch

Greiff, Walter: Der Methodenwandel der europäischen Handelspolitik während des Krisenjahres 1931. Mit einer Einleitung von Arnold Bergsträsser. (Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas. Arbeiten des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg. I. Teil. Arbeiten zur europäischen Problematik, herausgegeben von Alfred Weber. 2. Heft.) Berlin 1932, Junker & Dünhaupt Verlag. VIII und 107 S.

Wirtschaftsdepressionen haben immer protektionistische Wellen in der Handelspolitik im Gefolge gehabt. In der Krisenzeit seit 1931 war das jedoch in einem nie dagewesenen Ausmaß der Fall. Der Methodenwandel in der Handelspolitik, der dabei zum Vorschein kam und der den Gegenstand der vorliegenden Schrift darstellt, ist negativ durch das Abgehen vom Prinzip langfristiger Handelsverträge und Zollbindungen und vom System der unbedingten und unbefränkten Meistbegünstigung charakterisiert. Der Verfasser unterscheidet zwischen „offensiven“ und „defensiven“ Methoden. Zu den defensiven Methoden, die er als Methoden mit protektionistischem Charakter bezeichnet, zählt er die Maßnahmen des administrativen Protektionismus, des geldpolitischen Protektionismus (Devisenbewirtschaftung, Transferrmoratorien usw.); das System der Einfuhr-lizenzen, der Verbote und Kontingentierung, sowie den produktionspolitischen Protektionismus (Subventionswirtschaft und ähnliches). Offensive Methoden sind die Politik der kollektiven Verträge, des Regionalismus und der Zollpräferenzen, der binationalen Wirtschaftsausschüsse und der internationalen Kartelle. Offensiv nennt er sie offenbar — gesagt ist es nirgends — deshalb, weil sie einen Angriff auf die bestehenden Hindernisse des zwischenstaatlichen Güteraustausches bezwecken. Leider wird aber nicht entsprechend hervorgehoben, daß alle diese Methoden — Präferenzzölle und internationale Kartelle usw. — heute doch mehr dazu verwendet werden, neue Schranken für den internationalen Handel aufzurichten oder wertlose Scheinzugeständnisse an das Freihandelsprinzip